

SOLIDARISCH



VON BETON ZU GRAS: Auf den Wiesen soll es künftig bunter blühen, in den Wäldern lauter zwitschern – auch dank der Biodiversitätsinitiative.

Ohne Artenvielfalt kein Leben



Ursula Schneider Schüttel,
Nationalrätin FR,
Präsidentin Pro Natura Schweiz

Der Frust über die verlorene Abstimmung zum CO₂-Gesetz sitzt tief, und das Extremwetter im Sommer trübte die Stimmung weiter. Die verheerenden Gewitter und Niederschläge führten uns deutlich vor Augen, dass Naturgefahren zunehmend eine Herausforderung darstellen. Hochwasser, Überschwemmungen und Erdbeben sind Folgen der Klimaveränderung und lassen sich auf unseren Umgang mit der Natur zurückführen. Das CO₂-Gesetz hätte erste, dringend benötigte Schritte zur Verminderung der Treibhausgasemissionen und zur Begrenzung der globalen Erwärmung gebracht.

Anstatt nach dem CO₂-Debakel die «Faust im Sack» zu machen, sollten wir unser Engagement für eine intakte Umwelt und zur Verhinderung einer grossen Klimakrise verstärken, etwa mit der Unterstützung der Biodiversitätsinitiative. Diese wurde im September 2020 von verschiedenen Umweltorganisationen ein-

gereicht. Die Initiative verlangt einen stärkeren Schutz der Artenvielfalt und der Landschaft, insbesondere grössere Flächen und mehr Geld für die Natur und die ökologische Infrastruktur, damit auch unsere Kinder und Enkel dereinst in einer intakten Umwelt leben können.

Bedeutung der Biodiversität

Um es vorneweg zu nehmen: Die Schweiz steht in Sachen Biodiversität schlecht da. So verfehlte sie letztes Jahr die weltweiten Ziele der Biodiversitätskonvention. 2012 verabschiedete der Bundesrat zwar die «Strategie Biodiversität», beschloss aber leider erst 2017 den entsprechenden Aktionsplan.

Die Menschen sollten sich bewusst sein, wie wertvoll die Artenvielfalt ist. So lautet auch das erste Ziel der Biodiversitätskonvention. Doch bereits um dieses Ziel ist es in der Schweiz schlecht bestellt: Zu viele Menschen wissen nicht, was die Biodiversität

umfasst und warum sie für uns alle so wertvoll ist. Unter Biodiversität versteht man die Artenvielfalt, die genetische Vielfalt innerhalb der Arten, die Vielfalt der Ökosysteme sowie die Wechselwirkungen innerhalb und zwischen diesen Ebenen.

Funktionierende Ökosysteme erbringen unverzichtbare Leistungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu gehören neben der Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln die Bestäubung und die Schädlingskontrolle sowie die Reinigung von Luft und Wasser. Auch ein Grossteil der wichtigsten Medikamente basiert auf natürlichen Wirkstoffen. Ein Beispiel

mag die Bedeutung illustrieren: Je vielfältiger der Baumbestand in einem Wald ist, desto besser kann dieser seine Leistungen für Nutzung, Schutz und Erholung erbringen. Nicht zu vergessen: Eine vielfältige Natur trägt zur physischen und psychischen Gesundheit der Menschen bei.

Völlig ungenügender Gegenvorschlag

Der Zustand der biologischen Vielfalt in der Schweiz ist alarmierend. Über ein Drittel aller untersuchten Tier- und Pflanzenarten ist bedroht (Studie des Bundesamts für Umwelt von 2017). Die Schweiz weist im Vergleich

zu den OECD-Ländern die höchste Anzahl an gefährdeten Arten auf. Der Lebensraum für einheimische Tier- und Pflanzenarten ist bedroht. Er ist flächenmässig und qualitativ rückläufig, dies vor allem wegen der intensiven Nutzung der natürlichen Grundlagen, etwa durch Stickstoffeinträge aus Landwirtschaft und Verkehr, durch Entwässerung, die intensive Landnutzung sowie Infrastrukturanlagen. Hinzu kommt die ungenügende Vernetzung der (zu kleinen) Schutzgebiete.

Der Bundesrat hat in den Erklärungen zu seinem Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative erneut anerkannt, dass

die Artenvielfalt stark rückläufig ist. Dennoch sind seine Vorschläge unzureichend. Es genügt nicht, die bisherige Politik zu bestätigen und bloss eine Stärkung des ökologischen Ausgleichs in Siedlungen und Agglomerationen anzustreben. Es ist unbegreiflich, dass der Bundesrat nicht zielgerichteter handelt, um die «Strategie Biodiversität» umzusetzen. Es müssen die nötigen Flächen als Schutzgebiete gesichert werden. Und es braucht mehr Geld. Nur so können die längst bekannten Ziele der Artenvielfalt erreicht werden. Unser Wohlergehen hängt ebenso davon ab wie die Lebensqualität künftiger Generationen.

Endlich mehr Transparenz in der Politikfinanzierung

EIN SELTENER ERFOLG FÜR DIE SP: Im Sommer hat das Parlament endlich die Offenlegung von Partei- und Kampagnenbudgets beschlossen. Es ist geradezu ein Meilenstein für unser Land: Jahrzehnte nach unserem ersten Vorstoss für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung führt die Schweiz damit als letztes Land Europas endlich Transparenzregeln ein.



Nadine Masshardt,
Nationalrätin BE,
Co-Präsidentin des
Trägervereins für die
Transparenz-Initiative

vorschlags in der Sommersession ist denn auch in erster Linie ein grosser Gewinn für unsere Demokratie. Die Transparenz stärkt die Meinungsbildung der Bürger:innen, werden wir doch künftig wissen, woher Grossspenden an Parteien und Kampagnen stammen.

Die JUSO ebnete den Weg

Ein Schlüsselereignis für den Meinungsumschwung unter der Bundeshauskuppel bildete 2017 die Einreichung unserer eidgenössischen Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung». Für Druck sorgten auch die an der Urne angenommenen Transparenz-Initiativen der JUSO in den Kantonen Schwyz, Freiburg und Schaffhausen. Diese Erfolge in ländlichen Kantonen zeigten den Bürgerlichen unmissverständlich auf, dass unser Anliegen mehrheitsfähig ist.

Und nun hat sich in dieser Frage endlich auch das nationale Parlament bewegt. Mit dem

indirekten Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative wird bald auch die Schweiz als letztes Land Europas über eine Transparenzregelung verfügen. Zuletzt wurde sie von der Anti-Korruptionsbehörde des Europarats (Greco) für das Fehlen entsprechender Regelungen mehrfach kritisiert.

Fast alle Ziele erreicht

Fürs Erste fand der jahrzehntelange Kampf für ein Minimum an Transparenz in der Politikfinanzierung mit der Schlussabstimmung vom 18. Juni ein Ende. Einzelspenden an Parteien und Komitees ab 15 000 Franken müssen künftig offengelegt werden. Das gilt auch für Kampagnengelder, sofern das Budget der Abstimmungs- oder Wahlkampagne mehr als 50 000 Franken beträgt. Zudem werden Geldspenden aus dem Ausland sowie anonyme Spenden verboten. Kontrollen werden mittels Stichproben durchgeführt.

Als Co-Präsidentin des Trägervereins und Mitglied des Initiativkomitees ist es mir ein grosses Anliegen, allen herzlich zu danken, die vor und hinter den Kulissen an diesem Meilenstein mitgewirkt haben. Dazu gehören alle, die Unterschriften gesammelt, gespendet sowie politisch und strategisch mitgeholfen haben, dass diese erste nationale Transparenzregelung Wirklichkeit wird. Ich freue mich sehr, dass wir dank dem Druck unserer Volksinitiative und der grossen Ausdauer nun bald über ein Minimum an Transparenz verfügen.

Von Lobbyistinnen und Parlamentariern

Machen wir uns allerdings nichts vor: Alle dunklen Flecken der Politikfinanzierung sind damit noch nicht ausgeleuchtet. Darum forderte unsere Fraktion in der Sommersession in einem Vorstoss, dass Parlamentsmitglieder die Summen offenlegen müssen, die sie aus Mandaten erhalten. Denn die Bevölkerung hat auch hier das Recht zu wissen, ob – und vor allem wie viel – Geld aus welchen Quellen fliesst.

Der Weg zu mehr Transparenz war lang, und der Kampf um einen griffigen Gegenvorschlag zu unserer Transparenz-Initiative zäh. Schliesslich konnten sich National- und Ständerat dem steigenden Druck aus der Bevölkerung jedoch nicht mehr widersetzen. Die Annahme des indirekten Gegen-



BEI EINEM UNFALL SCHNELL DIE AMBULANZ ODER DIE POLIZEI ALARMIEREN? Für Gehörlose ist dies ein Ding der Unmöglichkeit. Auch am politischen Leben können sie kaum teilhaben. Das muss sich endlich ändern! Unser Bild dokumentiert einen konkreten Ansatz: Ist das Bundeshaus barrierefrei zugänglich? Betroffene machen den Test, empfangen in der Wandelhalle durch Ständerätin Marina Carobbio.

Die SP macht vorwärts bei der Inklusion gehörloser und hörgeschädigter Menschen

Mit der Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention verpflichtete sich die Schweiz 2014, in allen Lebensbereichen für Barrierefreiheit zu sorgen. Doch dieses Ziel liegt in weiter Ferne. Die 10 000 Gehörlosen und die rund eine Million Hörgeschädigten in der Schweiz stossen nach wie vor auf viele Hürden technischer und

sozialer Art. Die Teilhabe an der Gesellschaft, am Arbeitsleben und an der Politik ist stark erschwert, ja in gewissen Bereichen nahezu unmöglich. In der Politik, in öffentlichen Ämtern und Interessenvertretungsorganisationen sind Gehörlose untervertreten.

Die SP strebt eine inklusive Gesellschaft an, in der sich alle nach ihren Fähigkeiten entfalten können. Eines der Legislaturziele der SP-Fraktion besteht darin, die politische Teilhabe für alle sicherzustellen, besonders auch für Menschen mit Behinderungen. Und da macht die SP jetzt vorwärts.

Sofern sich Betroffene anmelden, übersetzen Gebärdendolmetscher:innen an Parteitag und Delegiertenversammlungen der SP Schweiz seit längerem live vor

Ort, sodass auch gehörlose Delegierte und Gäste die Debatten verfolgen können. Die Coronapandemie hat dies leider zeitweise unterbrochen, das Angebot wird nun aber weitergeführt. Erste Gehversuche macht die SP auch mit Abstimmungsvideos in Gebärdensprache, etwa zum CO₂-Gesetz. Zudem wollen wir die Kantonalparteien und Sektionen sensibilisieren, damit Gehörlose und Hörgeschädigte an weiteren Parteianlässen teilnehmen und für Mandate kandidieren können.

Mehr Druck in Bundesbern

In den meisten Ländern ist die Gebärdensprache als Landessprache anerkannt – nicht so in der Schweiz. Dies führt zu Diskriminierungen der Betroffenen in der Gesellschaft, im Bildungs- und im

Rechtssystem. Und das muss sich ändern: Ein von SP-Vertreter:innen mitunterzeichneter Vorstoss fordert die Anerkennung der drei regionalen Gebärdensprachen in der Schweiz – der Deutschschweizer Gebärdensprache, der Langue des Signes Française und der Lingua Italiana dei Segni – als Landessprachen.

Auch in anderen Fragen hat die SP den Handlungsbedarf erkannt: Die kürzlich gegründete parlamentarische Gruppe Gebärdensprache unter der Leitung der Tessiner SP-Ständerätin Marina Carobbio beschäftigt sich mit dem Zugang von Gehörlosen zum Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote Gehörloser und Hörbehinderter liegt drei Mal höher als jene von Hörenden – obwohl Betroffene über gleichwertige Ausbildungen



Gabriela Suter,
Nationalrätin AG



PARLAMENT.CH



JONAS ZÜRCHER



JONAS ZÜRCHER

...sion von ...enschen

verfügen. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb alle Vorstösse mit dem Ziel, Vorurteile abzubauen und gehörlose und hörbehinderte Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Gerade im Bereich Arbeit sind es auch kleine Dinge, die Betroffenen das Leben erleichtern: Die Invalidenversicherung finanziert beispielsweise Gebärdendolmetscher:innen nach dem Grundsatz «Eingliederung vor Rente». Das Problem: Heute steht den Betroffenen monatlich nur ein kleines Kontingent an Leistungen zu. Wenn die Leistung nicht im jeweiligen Monat bezogen wird, verfällt der Anspruch. Betroffene können arbeitsintensivere Monate nicht mit weniger intensiven Monaten kompensieren. Der Nationalrat hat sich daher

kürzlich für eine jährliche Abrechnung ausgesprochen – eine kleine, aber wichtige Änderung!

Im Notfall zählt jede Sekunde

Um die Teilnahme von Gehörlosen und Hörbehinderten am Politalltag ist es schlecht bestellt. Die Parlamentsdebatten von National- und Ständerat werden zwar im Internet übertragen, aber weder Untertitelt noch in Gebärdensprache übersetzt. Gehörlose und Menschen mit Hörbehinderung können diesen Debatten nicht folgen. Dies soll sich nun ändern: Die Büros von National- und Ständerat unterstützen meinen Vorstoss, dass der Live-Stream der Parlamentsdebatten mit Untertiteln versehen werden soll. Zudem wird geprüft, ob sich ausgewählte Debatten in Gebärdensprache übersetzen lassen – ein weiterer Schritt Richtung Teilhabe an Politik und Gesellschaft.

Dramatisch ist die Situation in der Not: Gehörlose können heute per Telefon weder die Polizei noch die Ambulanz rufen. In der Junisession hat der National-

rat daher eine Motion der Freiburger SP-Nationalrätin Valérie Piller Carrard für ein barrierefreies digitales Notruf-Angebot ange-

nommen. Auch Gehörlose sollen endlich direkt die Notrufzentrale alarmieren können – denn im Notfall zählt jede Sekunde.

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr auf Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement ist für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 31'000 deutsch, 9'000 französisch. Total: 40'000. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.



REFERENDUM

Nein zum Stempelsteuer-Bschiss!

MILLIARDENGESCHENKE FÜR KONZERNE, DIE KOSTEN DEM VOLK? NICHT SCHON WIEDER! Die SP hat das Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer ergriffen. Damit wir bis zum 7. Oktober genügend Unterschriften zusammenbringen, benötigen wir jetzt Ihre Hilfe – jede Unterschrift zählt!



Cédric Wermuth,
Co-Präsident SP Schweiz

Erinnern Sie sich an die USR III? Der Multimilliarden-Bschiss, mit dem die Bürgerlichen vor ein paar Jahren die Steuerrechnung der Konzerne vergolden wollten? Die SP brachte dieses Vorhaben damals praktisch im Alleingang zu Fall. Bereits im Parlament hatten wir damals vor einem «Buebetrickli» gewarnt: Gewichtige Teile wurden aus der Vorlage rausgenommen, um sie später scheinweise besser verkaufen zu können. Dazu gehörte auch die jetzt vorliegende Abschaffung der Stempelsteuer. Und genau das passiert jetzt.

Dabei ist die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapi-

tal nicht der erste Schritt, sondern bewährtes Vorgehen der Bürgerlichen. Die Richtung in der Steuerpolitik ist seit Jahren dieselbe: Runter – solange es um Grosskonzerne und ihre Aktionäre geht.

In drei Vorlagen sollten nun die Stempelsteuern abgeschafft werden, schön gestückelt, damit es keiner so richtig merkt. Das ganze Paket würde schlussendlich 2200 Millionen Franken jährlich kosten. Dazu kommen weitere Steuersenkungspläne etwa bei den Industriezöllen und der Verrechnungssteuer. Die Antwort auf die Frage, wer das bezahlen darf, liegt auf der Hand: Wir alle.

Selbst alt Bundesrat Merz findet klare Worte

Diesen erneuten Bschiss können wir uns nicht gefallen lassen. Deshalb hat die SP das Referendum gegen die erste Vorlage zur Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital ergriffen.

Alt Bundesrat Hansrudolf Merz – beileibe kein Linker – kommentierte diese schon mehrmals vor-

geschlagene Abschaffung übrigens deutlich: «Die Nutznießer wären in erster Linie bei den multinationalen Unternehmen, den Banken, Versicherungen und Holdinggesellschaften zu suchen, nicht aber bei den KMU.» Tatsächlich sieht das geltende Gesetz bereits heute eine Reihe sinnvoller Ausnahmen vor, die die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen abdecken.

Das Ganze ist umso stossender, weil die Finanzbranche bereits heute enorme Privilegien genießt. Im Gegensatz zu Frankreich oder Italien kennt die Schweiz keine Finanztransaktionssteuer. Finanzdienstleistungen sind generell von der Mehrwertsteuer befreit, und anders als zum Beispiel in Deutschland gibt es in der Schweiz auch keine Kapitalgewinnsteuer. Nur die Stempelsteuer stellt sicher, dass Finanzkonzerne für ihre Transaktionen ein Minimum an Steuern bezahlen. Ihre Abschaffung wäre ein erster und entscheidender Schritt, die Finanzdienstleis-

tungen von jeder Besteuerung auszunehmen, da die Stempelsteuer so etwas wie ein Ersatz für die ansonsten weitgehende Steuerbefreiung der Finanzbranche ist. Bitte unterschreibe hier:

stempelsteuer-bschiss.ch



Ausgefüllte Unterschriftenbogen bitte sofort einschicken – jede Unterschrift zählt!

WAS SIND STEMPELSTEUERN?

Stempelabgaben sind Steuern, die auf die Ausgabe und den Handel mit Wertschriften erhoben werden. Der Bund erhebt drei Arten von Stempelabgaben: Die Emissionsabgabe (Aktien-erhöhung), die Umsatzabgabe (Kauf und Verkauf von Wertpapieren) und die Abgabe auf Versicherungsprämien (Prämien von Haftpflicht-, Feuer-, Kasko- und Hausratversicherungen).

Stempelsteuer-Bschiss

Grosskonzerne profitieren, wir alle zahlen.

Nicht schon wieder!

Jetzt Referendum unterschreiben

Nein



**ALTERNATIVE
BANK**
SCHWEIZ

Anders als Andere.



Sinnvoll. Anders. Der ABS-Anlagefonds

Mit vielen mehr bewirken.
Investieren auch Sie in unseren ersten Anlagefonds basierend
auf dem schweizweit strengsten Nachhaltigkeitsansatz.
ABS - Das Label für eine lebenswerte Welt.

Mehr dazu auf: www.abs.ch/anlagefonds